

Göggingen wird Augsburg

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel vom 27.01.1971 war Startschuss für die Kreisgebietsreform in Bayern. Der politisch-administrative Tenor zielte nun nicht mehr auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auf die Optimierung der Verwaltungsstrukturen als ausführender Teil der staatlichen Exekutive.

Der Entwurf der bayerischen Staatsregierung sah zunächst nur die Eingemeindung von Teilflächen der Gemarkungen Göggingen und Haunstetten nach Augsburg als Bauplatz für die geplante Universität sowie die Neubildung der Landkreise Augsburg-Nordwest mit Sitz in Augsburg und Augsburg-Süd mit Sitz in Schwabmünchen vor. Für Umlandgemeinden und Vorstädte war dies ein annehmbarer Plan. Nur die Stadt Augsburg sah ihre Interessen nicht berücksichtigt. Die am 08.09.1971 im Augsburg Stadtrat einstimmig beschlossenen sogenannten „Pepper-Pläne“ sorgten für schieres Entsetzen im gesamten Augsburger Umland. Göggingens Bürgermeister Karl Mögele setzte sich an die Spitze der Protestbewegung und initiierte für den 13.09.1971 eine Protestveranstaltung, an der neben vielen aufgetragenen Bürgerinnen und Bürgern auch über 30 Vertreter betroffener Städte und Gemeinden teilnahmen.

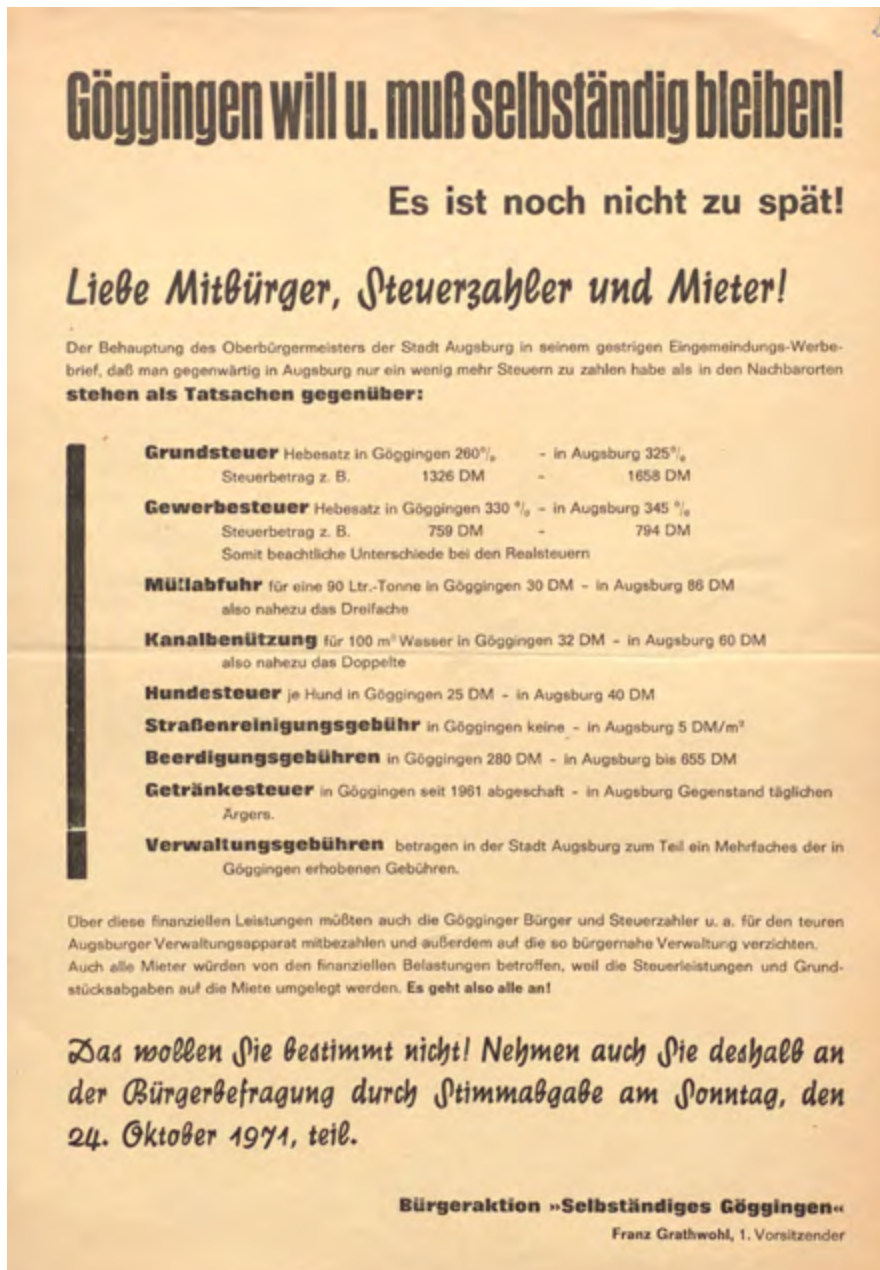
Auch das Staatsministerium verwarf Augsburgs Ideen als überzogen, formulierte aber im Oktober 1971 erstmals konkrete eigene Pläne zur Neugliederung der Landkreise. Das Ergebnis für Göggingen blieb dasselbe – eine Eingemeindung nach Augsburg zusammen mit Haunstetten, Inningen und Bergheim.

Entschlossen stemmte sich die Stadtgesellschaft Göggingens mit verschiedenen Aktionen gegen den Verlust der Selbständigkeit. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene versuchten die Gögginger durch Plakat- und Flugblattaktionen, Postwurfsendungen, Bürgerversammlungen und Demonstrationen Druck aufzubauen. Die Stadtregierung versuchte das Stimmungsbild der Basis durch eine Bürgerbefragung vom 24.10.1971 in politisches Kapital umzumünzen. 94,38% der Gögginger sprachen sich dabei gegen die Eingemeindung nach Augsburg aus.

Als in Göggingen die Lichter ausgingen: während eines Stromausfalls in Göggingens letzter Stunde als selbständiger Stadt verschwanden alle Wappenfahnen von öffentlichen Gebäuden, Augsburg Allgemeine vom 8. Juli 1972

Ungeachtet der ursprünglichen Zusicherung aus dem Innenministerium, den Willen der Städte bei der Eingemeindungsfrage zu berücksichtigen, beschloss der Bayerische Landtag am 15.12.1971 die Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte. Der Anschluss der Städte Göggingen und Haunstetten sowie der Gemeinden Inningen und Bergheim zum 01.07.1972 war damit besiegelt.

Ein Normenkontrollantrag vor dem Verwaltungsgerichtshof als letzter Versuch, die Selbständigkeit zu wahren, scheiterte am 09.06.1972. Haunstetten, Inningen und Bergheim hatten bereits vor Abschluss des Verfahrens konkrete Vertragsverhandlungen mit der Stadt Augsburg aufgenommen und zum Teil schon Verträge geschlossen. In Göggingen verzögerte Bürgermeister Karl Mögele entgegen den Willen des Stadtrats und weiter Teile der Bevölkerung die Aufnahme von Gesprächen. Der Gögginger Stadtrat versuchte hingegen, durch Beschlüsse über finanzielle Zuwendungen die nach der Eingemeindung befürchteten Einschnitte für Vereine, Kirchen und Kindergärten abzuwenden. Mit der Vorlage eines ersten Vertragsentwurfs eröffnete Göggingen die Verhandlungen erst am 13.06.1972. Der endgültige Eingemeindungsvertrag wurde am 29.06.1972 buchstäblich in letzter Minute unterzeichnet.



Aufruf der Bürgerinitiative 'Selbständiges Göggingen' zur Beteiligung an der Bürgerbefragung



Plakat zum Ergebnis der Bürgerbefragung vom 24.10.1971



Aufruf der Bürgerinitiative 'Selbständiges Göggingen' zur Beteiligung an der Bürgerbefragung



Ob der Kürze der Verhandlungszeit war Göggingen gezwungen, die von Haunstetten, Inningen und Bergheim ausgehandelten Regelungen zu Schulentwicklung, Gasversorgung, ÖPNV, Feuerwehr, Stadtbücherei, Kleingartenwesen, Sportstätten und Rettungsdienst weitgehend zu übernehmen. Eigene Interessen wie den Bau eines Freibads westlich der Wertachbrücke und den Bau einer Hauptschule mit Turnhalle an der Bahnstraße konnten nicht als verbindlich durchgesetzt werden. Zumindest im Hinblick auf den Schulaubau realisierte die Stadt Augsburg die Gögginger Pläne. Trotz der Zugehörigkeit zum Stadtgebiet Augsburg ist das Gögginger Ortsbewusstsein ungeboren. Das politische und bürgerschaftliche Engagement der inzwischen rund 22.000 Göggingerinnen und Gögginger zeichnen den Stadtteil bis heute aus.

links oben:
Der öffentliche Druck auf Göggingens Bürgermeister Mögele, Verhandlungen über einen Eingemeindungsvertrag mit Augsburg noch vor Abschluss des Normenkontrollverfahrens aufzunehmen, war groß – Karikatur aus der Augsburger Allgemeine Zeitung vom 25.5.1972

links Mitte:
Protestfahnen vor dem Gögginger Rathaus

links unten:
Protestumzug in der Radustraße gegen die geplante Eingemeindung Göggingens